

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	38
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	21.03.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	die Herren Dr. Priwitzer und Prof. Dr. Eehalt (beide Ge- sundhA)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	Corona - Aktuelle Lage - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-
anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht.
Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Nach kurzen einleitenden Worten durch BMin Dr. Sußmann informiert Herr Dr. Priwitzer
(GesundhA) die Ratsmitglieder analog der Präsentation ausführlich über die aktuelle
Corona-Lage in der Landeshauptstadt Stuttgart und berichtet anschließend den aktuel-
len Stand zur seit dem 15.03.2022 geltenden einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Im Verlauf der folgenden Aussprache zeigt sich StR Dr. Rastetter (90/GRÜNE) ange-
sichts der nach wie vor hohen Infektionszahlen über die geplanten Lockerungen der
Corona-Schutzmaßnahmen seitens des Bundes besorgt und begrüßt die hierzu vorerst
verhaltene Reaktion der Landesregierung. Ähnlich äußert sich hierzu auch StRin Bulle-
Schmid (CDU).

Im Zusammenhang mit der Öffnung von Clubs und Diskotheken und den großen An-
drang von Feierwilligen äußert StR Dr. Rastetter die Befürchtung weiter steigender In-
fektionszahlen und Inzidenzen. Diese Meinung teilt im Folgenden auch StRin Halding-
Hoppenheit (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Die Stadträtin
warnt vor erneuten Schließungen von Clubs und Diskotheken, falls sich die Infektions-
lage aufgrund der Öffnungen erheblich verschlechtern sollte.

Im Weiteren wirbt StR Dr. Rastetter erneut für die Corona-Schutzimpfung und verweist auf die Notwendigkeit und Wirksamkeit der Impfung. Er bedankt sich bei all denjenigen, die sich bereits haben impfen lassen. Im gleichen Kontext begrüßt der Stadtrat die Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. StR Dr. Rastetter plädiert dafür, dass im Hinblick auf den kommenden Herbst rechtzeitige Vorbereitungen für eine neue Impfkampagne getroffen werden müssten.

Ferner macht der Stadtrat erneut darauf aufmerksam, dass es bereits gute Behandlungsmöglichkeiten im Falle von Corona-Erkrankungen gebe, die jedoch umso wirksamer seien, je früher nach Auftreten der ersten Symptome mit der Behandlung begonnen werde. Erkrankte sollten diesbezüglich Kontakt mit ihren Hausärzten aufnehmen.

In ihrer Wortmeldung begrüßt StRin Bulle-Schmid (CDU) angesichts der aktuell hohen Infektionszahlen, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) heute erneut im Format der Videokonferenz tagt. Ähnlich äußert sich auch StRin von Stein (FW).

StRin Bulle-Schmid appelliert anschließend ebenso wie bereits zuvor StR Dr. Rastetter an alle, die sich noch nicht gegen Corona haben impfen lassen, ihre Meinung zu überdenken.

Auf Nachfragen der StRinnen Bulle-Schmid und Dr. Hackl (SPD) zu den bislang aufgrund der nun geltenden einrichtungsbezogenen Impfpflicht erfolgten Meldungen eingehend, erklärt Herr Dr. Priwitzer, dass das Gesundheitsamt noch nicht überblicken könne, welche Einrichtungen besonders betroffen seien, bzw. welchen Anteil die in der Pflege tätigen Mitarbeiter bei den Meldungen ausmachen. Man gehe davon aus, bereits in der nächsten Sitzung des SGA hierzu konkretere Informationen vorlegen zu können.

Nach weiteren Fragen durch StRin Dr. Hackl berichtet der Verwaltungsmitarbeiter, dass die städtische Schutzunterkunft zur Unterbringung von Corona-Erkrankten, bspw. aus Gemeinschaftseinrichtungen in der Ulmer Straße in Stuttgart-Wangen, auch künftig weiter in Betrieb bleiben solle. Aktuell liege die Auslastung der Schutzunterkunft bei 77 %.

Im gleichen Kontext versichert Herr Prof. Dr. Eehalt (GesundhA), dass das Gesundheitsamt die aktuelle Infektionslage nach wie vor genau im Blick behalte, und in Abhängigkeit davon, in enger Abstimmung mit den Betreibern, über den notwendigen Auf- oder Abbau von Kapazitäten in Schutzunterkünften entschieden werde.

StRin Dr. Hackl äußert im Folgenden die Sorge, dass aufgrund der aktuell hohen Infektionszahlen auch Bereiche der kritischen Infrastruktur besonders betroffen sein könnten. Darauf eingehend, berichtet Herr Prof. Dr. Eehalt, dass es derzeit keine Anzeichen dafür gebe, wonach in Bereichen der kritischen Infrastruktur ein akuter Personalmangel aufgrund der aktuellen Situation drohe. Der Amtsleiter betont, dass sich die Gesundheitsverwaltung in enger Abstimmung mit der kritischen Infrastruktur, bspw. mit der Branddirektion, befinde, um bei Bedarf schnelle Maßnahmen zur Erhaltung der Versorgungssicherheit zu ergreifen. Ferner sei gemeinsam vereinbart worden, trotz allgemeiner Lockerungen die bisherigen Hygienemaßnahmen fortzusetzen.

In ihrer Wortmeldung mahnt StRin von Stein noch einmal an, dass in Bussen und Bahnen die Maskenpflicht konsequent eingehalten werden müsse. Zudem macht die Stadträtin angesichts steigender Fallzahlen in Kitas und Schulen und damit verbundener

Quarantäne für einzelne Kita-Gruppen oder Schulklassen auf die Belastungen für berufstätige Eltern im Zusammenhang mit der Betreuung ihrer Kinder aufmerksam.

In seiner Wortmeldung erneuert StR Dr. Mayer (AfD) seine schon mehrfach vorgebrachte Kritik an den Pandemie-Maßnahmen. Er stellt abermals die pandemische Lage, die Warnungen vor einer drohenden Überlastung des Gesundheitssystems sowie die Wirkung der Schutzimpfung infrage. Der Stadtrat plädiert, wie schon mehrfach, für die sofortige Aufhebung aller Corona-Schutzmaßnahmen, die Rückkehr zum normalen Alltag sowie für mehr Eigenverantwortung für die Bürgerinnen und Bürger.

Den Äußerungen des Stadtrats widersprechen in der Folge BMin Dr. Sußmann und StRin Höh (FDP).

StRin Höh bittet ferner um einen Bericht im SGA zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Alltag in Kliniken und Krankenhäusern (Stichwort abgesagte Operationen und Therapien) und das Gesundheitswesen im Allgemeinen.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder durch die Verwaltung beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Gesundheitsamt (4)
Sozialamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
WFB-K
 3. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand